

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 51

Erscheint Sonntags. Zugpreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postweg. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 50, Unterstr. 631. Fernruf: Dorothea 56-3

Berlin, den 12. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile 90 Pfennig; für Verbandsmitglieder 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Verbandsmitteilungen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten

36. Jahrgang

Die Urabstimmung

über die Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen findet in den Tagen vom 17. — 19. Dezember statt. Alle Mitglieder müssen an der Urabstimmung teilnehmen!

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 51. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Das Jahr 1920 hat 53 Wochen!

Auf Grund des Datumszeichers für das Jahr 1920 sind in diesem Jahre für 53 Wochen Beiträge zu leisten. Es sind daher im vierten Quartal für 14 Wochen (Woche 40 bis 53) Beitragsmarken zu kleben. Die Beitragsmarkte für die 53. Woche ist im Mitgliedsbuch bzw. in der Mitgliedskarte neben das 52. Wochenfeld zu kleben, so daß für die Monate Oktober und Dezember je 5 und für den Monat November 4 Beitragsmarken in Betracht kommen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Urabstimmung zur Neuregelung der Beiträge- und Unterstützungssätze. Um angesichts der großen und teilweise lange andauernden Arbeitslosigkeit in unsern Betrieben eine zeitgemäße Erhöhung namentlich der Arbeitslosenunterstützung herbeizuführen, haben Verbandsvorstand und Ausschuß in Gemeinschaft mit dem Beirat eine Vorlage zur Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen aufgestellt, über die nunmehr in einer Urabstimmung endgültig entschieden werden soll.

Die Urabstimmung ist am 17., 18. oder 19. Dezember vorzunehmen. Der Endtermin für die Abstimmung ist angelehnt auf

Sonntag, den 19. Dezember d. J.

Die zur Urabstimmung stehende Vorlage und der Abstimmungszettel werden mit dieser Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ jedem Mitglied zugestellt. Wir ersuchen alle unsere Mitglieder dringend, den Abstimmungszettel dem Vordruck entsprechend auszufüllen und zur Urabstimmung mitzunehmen. Den Bevollmächtigten der Gau- und Bezirksstellen haben wir nur noch eine kleine Anzahl Abstimmungszettel zugedacht, die jedoch nicht ausreicht, um allen Mitgliedern bei der Abstimmung nochmals einen Zettel geben zu können.

An der Abstimmung können alle Verbandsmitglieder teilnehmen, die mit ihren Beiträgen nicht mehr als vier Wochen im Rückstande sind und deren Mitgliedschaft nicht infolge Abmeldung nach § 7 oder aus sonstigem Anlaß ruht. Die Gau- und Ortsverwaltungen ersuchen wir, für möglichst ausgiebige Besprechung der zur Abstimmung stehenden Angelegenheit Sorge zu tragen und ihre Vorklebrungen für die Abstimmung so zu treffen, daß die Termine streng eingehalten werden können.

Das Ergebnis der Urabstimmung ist unmittelbar nach Schluß der Abstimmung, spätestens aber am Sonntag, den 19. Dezember, festzustellen und dann sofort an uns abzusenden.

Spätestens, am Mittwoch, den 22. Dezember, frühmorgens, müssen alle Abstimmungsergebnisse in unseren Händen sein, damit das Gesamtergebnis noch in Nummer 53 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht werden kann.

2. Anstellung eines Gaubeamten in Karlsruhe. Die auf unsere Ausschreibung in Nr. 35 und 36 der „Buchbinder-Zeitung“ eingegangenen Bewerbungen haben die Ortsverwaltung in Karlsruhe nicht befriedigt. Ihrem Wunsche entsprechend bringen wir die Stellung nochmals zur Ausschreibung und bemerken dabei, daß die Gehaltsbezüge der Angestellten durch die letzte Beiratsitzung eine angemessene Erhöhung erfahren haben.

Wir bitten, weitere Bewerbungen in drei Exemplaren ausgefertigt und bis spätestens den 20. Dezember zugehen zu lassen. Der Antritt der Stellung soll nach vollzogener Wahl möglichst bald geschehen.

3. Wahl eines Zahlstellenbeamten für Köln. Die Wahl des Angestellten für Köln ist unter sehr schwacher Beteiligung vor sich gegangen und auf den Kollegen

Edward Lehmann in Krefeld gefallen.

Der Kollege Lehmann wird sein Amt am 1. Januar antreten.

4. Fragebogen zur amtlichen Tarifstatistik 1920 sind im Laufe der Woche an die Bevollmächtigten und Gauleiter zugleich mit den Stimmzetteln zur Urabstimmung versandt worden. Wir ersuchen dringend, unverzüglich die vorbereiteten Feststellungen hierzu zu machen, und die ausgefüllten Fragebogen nebst Tarifverträgen spätestens bis zum 15. Januar 1921 wieder in unseren Besitz gelangen zu lassen. Falls diese Fragebogen irgendwo nicht eingetroffen sind, bitten wir dieselben unverzüglich von uns nachzufordern.

5. Materialversand. An die Kassierer der Gau- und Bezirksstellen sind in den letzten Tagen gelbe und rote Antragsformulare für die Auszahlung der Extraunterstützung an die ausgeschiedenen arbeitslosen Mitglieder versandt worden. Der Sendung ist eine Anweisung über die Höhe der Unterstützung und über die Art der Auszahlung beigelegt.

Nebendem sind die Rundschreiben Nr. 140 und 141, betreffend Feststellung über Gesangsarbeit und Lohnforderungen in den Buchdruckereien, an alle Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden. Auch alle diese Sachen bitten wir anzufordern, wenn sie irgendwo nicht angekommen sind.

Der Verbandsvorstand.

Zur Urabstimmung.

Nach § 61 des Verbandsstatuts gewährleistet der Verband seinen Mitgliedern das Recht, alle die Organisation interessierenden Angelegenheiten nach ihrem Willen durch Urabstimmung zu regeln. Grundlegende Beschlüsse über Unterstützungserhöhung oder -herabsetzung können außer auf dem Verbandstage nur durch Urabstimmung gefaßt werden.

Eine durchgreifende Neuregelung des gesamten Beitrags- und Unterstützungswesens sollte schon auf dem letzten Verbandstage erfolgen, kam aber damals nicht zur Erledigung, sondern es wurde der Beirat beauftragt, eine Vorlage aufzustellen, über die dann die Mitglieder durch Urabstimmung endgültig entscheiden sollen.

Diese Entscheidung soll nun erfolgen. Die dringende Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungssätze — besonders für die Arbeitslosen — wird wohl von allen Mitgliedern anerkannt. Die in der zur Abstimmung stehenden Vorlage des Beirats vorgesehenen Verbesserungen bedeuten eine Erhöhung der bisherigen Unterstützungssätze für die Arbeitslosen um meist über 100 Proz., was nach der Berechnung in der Vorlage für den Unterstützungsbezug kommt, nach welcher künftig allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben ist, der Dauer ihrer Mitgliedschaft und Beitragsleistung entsprechend auch in die höchsten Unterstützungsklassen aufrücken zu können. Ein Vorteil, der besonders unseren älteren Mitgliedern zugute kommt und schon seit vielen Jahren von diesen angestrebt wurde.

Die vorgeschlagenen Veränderungen im Unterstützungswesen bedeuten aber naturgemäß eine recht erhebliche Belastung für die Organisation, der gegenüber die vorgesehene Beitragserhöhung um etwa 7 bis zu 40 Proz. kaum als ausreichend zu bezeichnen ist. So schwer es in der gegenwärtigen Zeit bei der so ganz außerordentlich gesteigerten Teuerung des ganzen Lebenshaltung jedem einzelnen fällt, noch weitere Lasten zu übernehmen, so notwendig ist doch für die Durchführung der Verbesserung der Lage unserer arbeitslosen Mitglieder auch die Erhöhung der Beitragsleistung. Nur durch gemeinsames Einstehen aller Berufsangehörigen kann der Not so vieler eine wenn auch nur geringe Linderung geboten werden.

Die ganze zur Abstimmung stehende Vorlage ist in gemeinsamer Sitzung vom Verbandsvorstand und vom Beirat des Verbandes beraten und in jedem einzelnen Punkte in ihrer Auswirkung aufs genaueste geprüft worden. Dabei war sich jeder einzelne der Beteiligten voll bewußt, daß zur Linderung der Not unserer arbeitslosen Mitglieder, den außergewöhnlichen Zeitverhältnissen entsprechend auch mal außer gewöhnliche Maßnahmen zu treffen sind. Die vorgeschlagenen Veränderungen werden in ihrer Auswirkung jedoch eine solch enorme Steigerung der Ausgaben für Unterstützungen zur Folge haben, daß zu deren Deckung die vorgesehene Erhöhung der Bei-

träge von allen als unumgänglich notwendig anerkannt werden mußte.

Kollegen und Kolleginnen! Bahrt Eure Rechte durch einmütige Beteiligung aller Mitglieder an der Urabstimmung. Erkennt die unumgängliche Notwendigkeit der vorgeschlagenen Änderungen und beantwortet daher die zur Abstimmung stehende Fragen nur mit „Ja“.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß.

Der vom 24. bis 27. November in London stattgefundene außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß war eine der bedeutungsvollsten Tagungen, die die Welt der Arbeit je hatte. Schon das äußere Bild der Tagung weist die erhöhte Bedeutung der Internationale der Gewerkschaften auf. Wohl noch niemals war eine Zusammenkunft des Internationalen Gewerkschaftsbundes so zahlreich besetzt, noch standen solche bedeutende Fragen auf der Tagesordnung, wie auf diesen außerordentlichen Kongreß. Im ganzen sind 18 Länder mit zusammen 98 Delegierten vertreten. Zum erstenmal auch sind die Sekretäre der gewerkschaftlichen Berufs-Internationales zugezogen, und zwar haben 18 internationale Gewerkschaftssekretariate ihre Vertreter entsandt.

Ohne Zweifel hat der Krieg und das Versagen und die Ohnmacht des internationalen Proletariats, seinen Ausdruck zu verfindern oder wenigstens seine Dauer abzufürzen, die tiefe und ernste Erkenntnis breiter Proletariatschichten von der Notwendigkeit feiner internationalen Zusammenhanges und der Betätigung internationaler Solidarität ausgelöst. Dieses Moment und speziell auch die Entwicklung der beiden letzten Jahre trug neben der Herpflüsterung der nationalen und internationalen politischen Organisationen des Proletariats dazu bei, den seit Ausgang des vorigen Jahrhunderts ins Leben gerufenen internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften nunmehr auf eine neue festere Grundlage zu stellen. Waren bei all den Konferenzen vor dem Kriege hauptsächlich rein gewerkschaftliche und sozialpolitische Fragen auf der Tagesordnung, wie Vertiefung der Arbeitsetz, internationale Arbeitsvermittlung, Sozialarbeiterfrage, Verhinderung des Exports von Streikbrechern usw. usw., wurde gar auf der Amsterdamer Konferenz von 1906 der Aufgabenkreis noch wie folgt erweitert:

„Aufgabe der Konferenz ist, zu beraten über den engeren Zusammenfluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitslich zu führende Gewerkschaftstatuten, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft in Zusammenhang stehenden Fragen.“

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.“ So zeigte allein schon die Tagesordnung dieses Kongresses, daß ein gewaltiger, grundlegender Wandel im ganzen Wesen und darum auch im Aufgabenkreis der Gewerkschaftsinternationale sich vollzog. Denn wenn Fragen, wie die Rohstoffverteilung, der Kampf gegen die Reaktion, Kolonialfrage, Sozialisierung auf die Tagesordnung gestellt wurden, so beweist dies, daß in Verlaufe der historischen Entwicklung auch der Internationale Gewerkschaftsbund starke revolutionäre Antriebe erfahren hat. Das internationale Proletariat steht ein, daß wir in die Phase einer außerordentlichen Verschärfung der Klassengegensätze eingetreten, die auch die gewerkschaftlichen Kämpfe immer mehr dem Charakter von Machtkämpfen zwischen Proletariat und Kapital nähert. In diesem Stadium gilt es allerdings, sich vor jeder Kräfteherpflüsterung durch allzu häufige vereinzelte Lohnkämpfe national wie international zu bewahren, um nicht die Gefahr heraufzubefahren, sich um die Erreichung keiner, unbedeutender Vorteile abzukämpfen und dadurch im Moment des entscheidenden Einsatzes um die Erreichung des großen sozialistischen Endzieles milder gerissen oder gar aktionsunfähig zu sein.

In der prägnantesten Weise kam der große Fortschritt, der sich in der ganzen geistigen Einstellung der internationalen Gewerkschaften vollzogen, in dem einstimmigen Beschluß der unmittelfäharen Aufnahme des Kampfes um die Sozialisierung zum Ausdruck. Darin offenbarte sich nicht nur die Einsicht, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein wirklicher Wiederaufbau und eine Sicherung auskömmlicher Existenz für alle Schaffenden nicht möglich ist, sondern auch das gestärkte Bewußtsein von der ungeheuren Macht, die die geeinte Arbeiterklasse darstellt, wenn sie entschlossen ist, zu kämpfen für ein großes Menschheitsziel und entschlossen, dafür unter Einsatz der ganzen Persönlichkeit zu kämpfen.

Von besonderer, weit über den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung hinausgehender Bedeutung war schließlich noch die Behandlung der Frage der drohenden Vesezung des Ruhrgebiets. Die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund auf Grund des durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an ihn gerichteten Appells in das Ruhrrevier entsandte Kommission, bestehend aus den Genossen Jouhaux und Meerheim-Franckreich Wertens-Beigen und Zinnen-Holland hatte das Ergebnis einer eingehenden Prüfung der Produktionsverhältnisse im dortigen Revier, wie speziell auch die Lage der Arbeiterschaft in einem schriftlichen Bericht niedergelegt, der außerordentlich wertvolles Material enthielt, auf das später noch eingehender zurückzukommen sein wird. In diesem Bericht bezieht, und stärker noch in den von Jouhaux gegebenen Ergänzungen und der Diskussion brachten speziell die Vertreter der Ententearbeiterschaft ihre volle Solidarität mit dem deutschen Proletariat zum Ausdruck, falls der Ententeimperialismus dazu übergehen sollte, das Ruhrrevier zu besetzen und die deutschen Arbeiter unter dem Druck der Bajonette zur Arbeit zu zwingen. Träten in einem solchen Falle die deutschen Arbeiter in den Generalstreik ein, würden sich die französischen Arbeiter insbesondere gegen ihre Regierung und auf die Seite ihrer deutschen Brüder stellen.

Mit diesem entschiedenem, vor der ganzen Welt abgelegten Gelöbnis kam zum Ausdruck, welche große Macht die internationale, geeinte Arbeiterklasse auch heute bereits sein kann, aktiv in die Außenpolitik der Herrschenden einzugreifen.

Darum gilt es auch, die in dem Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten 28 Millionen Arbeiter zu bezuhten, selbständig denkenden und opferbereiten Kämpfern zu ergleichen und alle Versuche abzuwehren, durch Herpflüsterung dieser geeinten Macht dem Klassengegner Vorschub zu leisten.

Wenn auch auf dem Kongreß die Meinungen über Fragen der Taktik in dem einen oder anderen Punkt auseinandergingen, wenn auch nicht alle mit Einzelheiten der gefaßten Resolutionen einverstanden waren, so trat doch auf allen Seiten das Bestreben zutage, in engerer Solidarität und aufrechten Willen, aus der Vergangenheit lernend, die Arbeiter der ganzen Welt zum Kampfe gegen Reaktion, Imperialismus und Kapitalismus zusammenzuführen.

Arbeit nun jeder an seinem Teil für dieses Ziel, dann wird der nächste Kongreß noch größere Klarheit und Geschlossenheit an den Tag legen, die neue Ordnung ihrer Verwirklichung nahe sein!

Vizepräsident Jouhaux-Frankreich richtete an Stelle des kurz vor Stattfinden des Kongresses zurückgetretenen Präsidenten Appleton eine herzliche Begrüßungsansprache an die Delegierten. Angesichts der immer härter werdenden Reaktion mußte es die Aufgabe des Kongresses sein, die Kräfte zusammenzufassen, wie schwer auch die in vielen Ländern entgegenstehenden Hindernisse sein mögen. Es gelte, die Vergangenheit zu vergessen und eine internationale Moral aufzustellen, der alle Arbeitenden beitreten können, sie inhand fesseln, sich um eine zentrale Idee zu lagern. Nur durch die befreite Arbeit könne die zerstörte Welt wieder aufgebaut werden, wie sehr auch die Erwartungen der Arbeiter enttäuscht wurden, die da hofften, daß eine neue Ordnung nach den Schrecknissen des Krieges den Völkern beschert sein würde. Die Regierungen seien weit entfernt von einem funken Verständnis für die Gefühle der Volksmassen. Wieder ist der Egoismus

von ihnen zum höchsten Prinzip erhoben, die Geheimdiplomatie feiert Triumphe, alle die heiligen Versprechungen, die man den leidenden Völkern machte, sind über Bord geworfen. Man herrscht nach dem machiavellistischen Grundsatz: Telle und herrsche! Zwei Jahre nach dem Waffenstillstand fenne die Welt noch keinen Frieden, noch einmal konnte das Recht der Völker, selbst über ihre Geschide zu entscheiden, mit Füßen getreten werden.

Und darum erschallen aus allen Ländern Rufe des Protestes und der Empörung ob des materiellen und moralischen Elends. Diesen Rufen hat die Amsterdamer Internationale durch Einberufung dieses außerordentlichen Kongresses stattgegeben. Wahre Solidarität und Zusammenarbeit der Nationen kann erst dann eintreten, wenn die kapitalistischen Privilegien niedergezungen sein werden. Diese neue Ordnung muß basieren auf der Befreiung der militärischen Rüstungen, der internationalen Verteilung der Rohstoffe und der Sozialisierung der Transport- und Produktionsmittel. Die Augen aller Arbeiter sind auf diesen Kongreß gerichtet. Es gilt zu zeigen, daß wir nicht nur gewillt sind, klare Resolutionsen zu formulieren, sondern auch den starken Willen und die Energie für ihre Durchführung aufzubringen.

Nach Thomas, der Vorsitzende des Kongresses, betont in einer schlichten Begrüßungsansprache, daß es zur Peilung der durch den Krieg geschlagenen Völkern am wichtigsten sei, zu vergessen, was die letzten Jahre die Völker voneinander trennte. Habe doch der Krieg für Sieger wie Besiegte nur Leid gebracht. Der Kongreß müsse durch seine Arbeit beweisen, daß die großen Ziele des proletarischen Kampfes noch dieselben seien, wie vor dem Kriege und die Arbeiterschaft gewillt, mit verdoppelter Energie dafür zu kämpfen.

Die Zigarrenspitzenindustrie Deutschlands.

Da von verschiedenen Seiten dem Reichsverband der Buchbinderei die Schaffung eines Reichstarifs für die Zigarrenspitzenindustrie unterbreitet wurde, sah sich derselbe zunächst zu einer Enquete über Umfang und Arbeitsverhältnisse dieser Branche veranlaßt, deren Ergebnis jedoch äußerst dürftig ausgefallen ist. Wir geben dasselbe im nachstehenden zur allgemeinen Kenntnis. Es wurden insgesamt in sieben Orten mit 11 Betrieben mit etwa 100 Personen gezählt. Hieron entfielen auf

Ort	Betriebe	Buchbind.	Facharb.	Arbeiter
Berlin	1	—	3	22
Börsch	1	—	1	12
Breslau	1	?	?	?
Oppeln	2	?	?	?
Dresden	3	—	2	15
Zimmern	2	4	—	10
München	1	1	1	16
Zusammen	11	5	7	75

Von Dresden wird berichtet, daß der Geschäftsgang ein äußerst schlechter seit dem zwei der genannten Betriebe beschäftigten bisher je 100 Personen. Aber selbst die jetzt so stark reduzierte Arbeiterzahl kann nur bei bester Arbeit erhalten werden.

Organisiert waren von den Beschäftigten im Reichsverband 6 männliche und 64 weibliche, in anderen Organisationen 3 Arbeiterinnen.

Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeiten im Zeittlohn, und zwar 10 männliche und 48 weibliche; während 2 männliche und 20 weibliche im Akkord tätig waren. Die tarifliche Entlohnung erfolgte in Berlin, Börsch, Breslau und Dresden nach Werkstatttarifen, während in Zimmern der Reichstarif für die Kartonnagenbranche die Grundlage hierfür bildete. Auch wird von Zimmern der Wunsch geäußert, daß dieser Tarif allgemein die Grundlage für die Entlohnung in der Zigarrenspitzenindustrie bilden solle. Die Lohnhöhe schwankt bei den Buchbindern zwischen 185 bis 243 M., bei den Facharbeitern zwischen 160 bis 228 M., und bei den Arbeiterinnen zwischen 20 bis 140 M. Doch sind mißlicherweise durch die weiner sprunghaft gestiegenen Lebensunterhaltskosten auch hier die Löhne erhöht worden, so daß die Lohnangaben keine zuverlässige Unterlage mehr bilden können.

Leider ist von Börsch kein Fragebogen eingegangen, doch wird über die dortige Konkurrenz am meisten Klage geführt.

Ob es nach diesem dürftigen Resultat möglich ist, selbst nur mindereinstufig einen besonderen Reichstarif für diesen Berufszweig zu schaffen, möchten wir bezweifeln. mk.

Urabstimmung

betr. Erhöhung der Beitrags- und Unterstützungssätze!

Sinem Beschluß des letzten Verbandstages entsprechend sollen die Mitglieder des Verbandes durch Urabstimmung über die Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens entscheiden, auf Grund einer vom Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Beirat des Verbandes aufzustellenden Vorlage. Diese Vorlage ist nun in der am 11.—13. November stattgefundenen Beiratsitzung beraten und in Nr. 48 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht worden. Um die Einführung der neuen Bestimmungen eventuell (wenn die Vorlage bei der Urabstimmung angenommen wird) schon zum 1. Januar 1921 zu ermöglichen, ist der Termin für die Abstimmung auf den 17.—19. Dezember angesetzt.

Dringende Pflicht aller Mitglieder ist es, daß sie sich nicht nur an der Abstimmung beteiligen, sondern auch nach innerster Ueberzeugung ihre Entscheidung so treffen, daß die Aufgaben der Organisation auch in Zukunft voll und ganz im Interesse der Mitglieder erfüllt werden können.

Kollegen und Kolleginnen! Bedenkt, daß es im Interesse aller Mitglieder gelegen ist, eine Verbesserung der Unterstützungssätze — besonders für die Arbeitslosen — so schnell wie irgend möglich herbeizuführen. Bedenkt, daß dadurch bedeutende Mehrausgaben entstehen, die nur durch erhöhte Beitragseinnahmen wieder gedeckt werden können. Die von der Beiratsitzung aufgestellte Vorlage bringt bei einer Beitragserhöhung um 7 bis 40 Prozent eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen um meist über 100 Prozent, wozu noch die bedeutende Verbesserung kommt, daß künftig (nach Annahme der Vorlage) für alle Unterstützungen beim wiederholten Unterstützungsbezug die Aufrechnung aller insgesamt geleisteten Beiträge erfolgen soll, wodurch allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben ist, der Dauer ihrer Mitgliedschaft und Beitragsleistung entsprechend auch in die höchsten Unterstützungsstufen aufzurücken.

Kollegen und Kolleginnen! Bedenkt, daß die in der Vorlage vorgeschlagene Beitragserhöhung, wie auch die vorgesehene Erhöhung und Erweiterung der Unterstützungen unumgänglich notwendig sind, und beantwortet daher die zur Abstimmung stehende Frage ausnahmslos nur mit „Ja“.

Der Verbandsvorstand.

Hier abtrennen!

Vorlage und Abstimmungszettel umstehend!

Die Abstimmung ist von allen Mitgliedern an dem von der örtlichen Verwaltung dafür angesetzten Tage (entweder am 17., 18. oder 19. Dezember) vorzunehmen.

Die ganze Vorlage ist zu einer Frage zusammengefaßt, die nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann.

Jeder weitere Vorbehalt auf dem Abstimmungszettel macht diesen ungültig.

Die zur Abstimmung stehende Vorlage lautet:

Die §§ 3 (Eintrittsgeld), 5 (Ersatzkarten oder -bücher), 7 (Beitrag), 18 und 23 (Arbeitslosenunterstützung), 28 (Krankenunterstützung), 30 (Jugendunterstützung), 33 (Invalidenunterstützung) und die Bestimmung über die Berechnung des Beitragsanteils, sollen in folgender Weise geändert werden

§ 3 Absatz 2: Das Eintrittsgeld richtet sich nach der Beitragsklasse und ist in der Höhe eines Wochenbeitrages derjenigen Beitragsklasse zu entrichten, in die der Beitritt erfolgt. Wiederholt Eintretende, welche wegen Rente gestrichen wurden, haben doppeltes Eintrittsgeld zu zahlen.

§ 5 Absatz 2: Ersatzkarten oder -bücher werden dem Verbandsvorstand ausgefertigt gegen eine Gebühr von 1 RM. für eine Mitgliedskarte und 3 RM. für ein Mitgliedsbuch.

Wenn bei Anforderung einer Ersatzkarte oder eines Ersatzbuches mehr als 18 Rente vorhanden sind, kann Ersatz nicht mehr geleistet werden.

§ 7: Der wöchentliche Beitrag ist im voraus zu entrichten und beträgt:

in Klasse	I	II	III	IV	V
Rf.	70	130	170	270	350

Von dem Beitrag der 5. Klasse sind 90 Pf. für die Invalidenunterstützung zu verrechnen.

Arbeitslosenunterstützung

§ 18: An Arbeitslosenunterstützung kann gewährt werden:

Klasse	Wochen	von Tag zu Tag RM.	Gesamtbetrag RM.	Dauer Tage
I	62	0,75	30,—	49
	66	1,—	30,—	59
	156	1,50	75,—	
III	250	2,25	112,50	
	62	1,25	75,—	69
	156	1,75	105,—	
IV	200	2,75	165,—	
	59	3,25	195,—	59
	156	1,50	100,—	
V	200	3,—	240,—	
	59	3,50	290,—	100
	156	3,50	250,—	
	200	3,50	300,—	
	59	4,50	450,—	
	70	5,—	500,—	

§ 28 ist dahin zu ändern, daß für den wiederholten Unterstützungsbezug die Dürerung von 30 auf 39 Wochen erhöht wird, dafür aber kein Preis die Gesamtzahl aller geleisteten Beiträge die Grundlage bildet (Anträge Nos. 66 und 67 vom Verbandstag).

Krankenunterstützung

§ 28 ist dahin zu ändern, daß für den wiederholten Unterstützungsbezug kein Preis die Gesamtzahl aller geleisteten Beiträge die Grundlage bildet.

Jugendunterstützung

§ 30. Als Jugendunterstützung kann gezahlt werden:

Klassen	Klasse IV	Klasse V
104	50,—	50,—
156	40,—	65,—
200	50,—	80,—
200	60,—	95,—
212	70,—	110,—
304	80,—	125,—
416	90,—	140,—
468	100,—	155,—
620	110,—	170,—
780	140,—	200,—
1040	170,—	230,—
1300	200,—	260,—

Wiederholter Unterstützungsbezug kann nach Beifügung von 52 Beiträgen erfolgen. Als Grundlage gilt die Gesamtzahl der geleisteten Beiträge.

Invalidenunterstützung

§ 33. Die Unterstützung kann betragen nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von der in § 33 angegebenen Dauer pro Monat 40 RM., nach einer um 200 Wochen längeren Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Monat 45 RM. und nach weiteren 200 Beiträgen pro Monat 50 RM. Sie wird in Halbmonatsraten am 15. und am letzten Tage eines jeden Monats für den abgelaufenen halben Monat gegen Quittung des Empfängers durch die Beauftragten des Verbandes zur Auszahlung gebracht.

Beitragsanteile

Die von Aktiven zur Deckung der Kosten der Ausgaben des Verbandes zu leistenden Beitragsanteile sollen betragen:

- für Aktiven ohne Angestellte . . . 10 Prozent
- für Aktiven mit Angestellten . . . 8 Prozent

der Beitragsleistung ohne den Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung.

Sie abstimmen!

Abstimmungszettel

zur Abstimmung betr. Erhöhung der Beitrags- und Unterstützungsätze.

Gau bzw. Zahlstelle: _____

Name des Abstimmenden: _____

Sie, des Mitglieds-
buches bzw. der Karte

Sind Sie dafür, daß die in obiger Vorlage vorgeschlagenen Änderungen zur Durchführung kommen?

Die Frage ist nur mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten.

Zur Urabstimmung.

Was sagen unsere Mitglieder zu der in der Ver- ratsföngung ausgearbeiteten Vorlage über die Neu- regelung des Beitrags- und Unterstützungswezens? Nach meiner Rückkehr von der Vortragsföngung, die in puncto Arbeitslosigkeit wohl... Recht den An- spruch auf Produktivität erheben kann, sah ich zu- nächst als meine vornehmste Aufgabe an, gemäß meinem dort gegebenen Versprechen im Kreise meiner Kollegen für die Annahme der neuen Vorlage zu wirken. In einer Vertrauensmänner- föngung und in vier kombinierten Werkstübenerver- sammlungen suchte ich mich meiner Aufgabe zu entledigen. Da nun meiner Auffassung nach die hierbei zu- tretenden Erscheinungen im Reich ähnlich sein dürften, so möchte ich dieselben in kurzen Um- rissen hier skizzieren.

Nach einer eingehenden Aussprache in erstge- nannter Sitzung folgten die Vertrauensleute und sonstigen Funktionäre, die alle samt und sonders er- bitterte Gegner der ursprünglichen Vorlage des Verbandsvorstandes waren, einstimmig fol- genden Beschluß: Die Vertrauensleute, Betriebsräte, Zahlstellenleitung und Unterfasser der Zahl- stelle Heilbronn erklären nach Anhören des Berichtes über die Vortragsföngung in Berlin und nach reiflicher Prüfung der dort ausgearbeiteten Vorlage, daß das Resultat ihren Erwartungen ent- spricht. Sie halten es daher für ihre Pflicht, im Sinne der Vorlage auf die Delegierten einzuwirken und ihnen zu empfehlen, bei der Urabstimmung für dieselbe zu stimmen. In ähn- licher Weise wickelten sich auch die Werkstübener- sammlungen ab. Ausgiebig wurde auch über das minimale Ergebnis des letzten Lohnabkommens dis- kutiert und zum Ausdruck gebracht, daß besonders demjenigen Teil der Kollegenschaft, der dabei leer ausging, die Zahlung der erhöhten Beiträge schwer fallen würde. Auch der Ruf nach dem neuen Weg - Abbau der Gewerkschaften zu Industrieorgani- sationen, Fallentlassen der Reformpolitik, Anwendung der Macht, die in den Klassen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verkörpert ist, u. a. m. - wurde immer wieder erhoben. Jedoch in gerader Würdigung der derzeitigen Verhältnisse mußte anerkannt werden, daß diesmal in Berlin praktische Gegenwartsarbeit geleistet wurde und daß die Hauptaufgabe der diesmaligen Vortragsföngung - Hilfe den Arbeitslosen und Ausgeheuerteten, Erhal- tung der Kampfkraft der Gewerkschaften - in einer Weise erledigt wurde, die den Interessen der Ge- samtkollegenschaft in weitestgehender Weise Rechnung trägt.

Dies wäre nun alles schön und gut und würde den Schluß zulassen, daß die Annahme der Vorlage bei der Urabstimmung gesichert ist, wenn man nicht die Obstruktion und die störrischen Reinsager in unseren Reihen in Rechnung stellen müßte. Jene Kategorie von Kollegen, die aus Eigensinn den Ver- sammlungen fernbleiben und jeglichen Vernunft- gründen gegenüber unzugänglich sind, dafür aber in den Betrieben das große Wort führen, weitere Kreise der Kollegenschaft mit ihren schließlichen Ideen zu infizieren. Diese Kollegen sind es, denen ich heute ins Gewissen reden möchte. Es nützt uns nichts, wenn wir Vogel-Strauß-Politik treiben. Dieses Den-Kopf-in-den-Sand-Steden gegenüber den Gefahren, die uns durch die übergroße Arbeitslosigkeit drohen, könnte ein böses Erwachen für uns mit sich bringen. Die Kollegen, denen aus Mangel an Ide- alismus und Solidaritätsgefühl das Verständnis für die Notlage ihrer auf dem Pfahler liegenden Ar- beitsbrüder und -schwestern abgeht und die eine Unterföngung derselben ablehnen, weil dies lediglich eine Pflicht der Moral sei, sollten doch einmal die Sache von ihrem eigenen Standpunkte, den ich, milde gesagt, als Eigenliebe bezeichnen will, betrachten und einer sachlichen und objektiven Prüfung unterziehen. Das Resultat dürfte auch nicht anders ausfallen als dasjenige, das in den obengenannten Versammlun- gen erzielt wurde. Was für Folgen für uns ent- stehen können, wenn das Heer der Arbeitslosen, von Elend und Verzweiflung getrieben, unter der Parole „Arbeit um jeden Preis“ dem Unternehmertum sich anbietet, wird wohl auch dem Beschränkten ein- leuchtend. Das würde den Anfang vom Ende unserer Organisation bedeuten. Auch der Einwand, daß die Wirtschaftskonjunktur sich bessere, ist nicht stichhaltig, denn wer die Vorgänge auf dem Weltmarkt verfolgt, der weiß auch, daß dies lediglich eine Scheinkon- junktur ist, die dem derzeitigen Stand der Welt ent- spricht. Daraus folgt, daß keiner unter uns sagen kann, daß seine Existenz für die nächste Zeit gesichert ist. Jeder von uns muß darauf gefaßt sein, daß auch er eines schönen Tages das Straßenbild sieren kann.

Deshalb braucht einer kein Idealist zu sein, sondern nur ein tüchtiger Redner und ein voraus- sehender Hausvater, um zur Erkenntnis zu kom-

men, daß es einen Schnitt ins eigene Fleisch be- deuten müßte, wenn man gegen die Vorlage stimmt. Noch eins möchte ich nicht unterlassen zu sagen: Wohl jeder von uns war sich bewußt, daß wir bei Ausarbeitung der Vorlage bis hart an die Grenze des Möglichen gingen, die wir der Verbandsstafte zu- mellen können. Ein Vergleich mit den Leistungen der anderen Klassen wird dies bestätigen. Unsere Devise war: Außer gewöhnliche Umstände erfordern außer gewöhnliche Maß- nahmen. Mögen nun auch die Kollegen und Kol- leginnen im Reich sich von diesen Worten bei der Abstimmung leiten lassen, mögen auch sie sich der Verantwortung bewußt sein, die sie unserer Organi- sation schulden. Am Abstimmungstage Stimme heher für die Vorlage!

Oermann Siegler, Heilbronn.

Reichstarif und bayerische Buchbinder- lungen.

Immer noch steht der größte Teil bayerischer Buchbinderungen dem Reichstarif ablehnend gegenüber. Sie befinden sich in der irrigen Auf- fassung, daß es nur des Austritts aus dem Bund deutscher Buchbinderungen bedarf, um den ver- hängnisreichen Reichstarif loszuwerden. Herr Obermeister Kaufschub, Bamberg, schreibt unseren rückständigen Herren in Nr. 47 des „Reichs Anzeigers“ unter anderem folgende sehr beachtenswerte Worte ins Stammbuch:

„Ist es nicht eine Kurzsichtigkeit, zu glauben, sich mit dem Bunde auch den Tarif vom Halse schaffen zu können? Müßten denn die Buchbinderlöhne immer auf der un- tersten Stufe stehen? Es ist eine Stan- desfrage. Mit der gehobenen Lebensföngung unserer Arbeiterklasse heben wir auch ihr geistiges Niveau, das unsern Standort so dringend not tut, und damit sein Ansehen. Wohl höre ich den Ein- wand: „Unsere Auftraggeber machen nicht mit, das Geschäft geht zugrunde.“ Demgegenüber bin ich der Ueberzeugung, daß es sich hier nur um eine Uebergangszeit handeln wird. Das Publikum nun und wird unsere Arbeit besser bewerten. Die Gegenwart aber ist der Augenblick, das zu be- wirken. Lassen wir die Gelegenheit nur beherzt beim Schopfe!“

Ob diese gewiß sehr zeitgemäßen Hinweise eines modernen denkenden Kleinmeisters auf den Eigensinn eines großen Teils der bayerischen Innungsmeister die richtige Wirkung ausüben werden, muß ab- gewartet werden. Dagegen sprechen folgende Tat- sachen dafür, daß der Eigensinn gebrochen werden kann:

Der vom Schlichtungsausschuss Straubing ge- fälltte Schiedsspruch auf Anerkennung des Reichs- tarifs ist vom Landesvereinigungsamt München für verbindlich erklärt worden. Die Begründung besagt unter anderem:

„Die Prüfung des fraglichen Reichstarif- vertrags hat ergeben, daß auf Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Buch- bindergewerbes in den einzelnen Orten sowie der Lohnentwicklung in denselben ausreichend Rech- nung getragen wurde!“

Begüglich des Schiedsspruchs vom Schlichtungs- ausschuss Erlangen in gleicher Sache hat das Landesvereinigungsamt Nürnberg folgenden Ent- scheid gefällt:

„In der Anlage werden die Alten Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutsch- lands gegen Verband der Buchbindermeister Erlangen zurückgegeben.“

Dem Schiedsspruch vom 5. Juni 1920 wird zugestimmt. Eine Verbindlichkeitsklärung ist jedoch nicht erforderlich. Wie der Schlichtungs- ausschuss feststellt hat, sind Antragsteller und An- tragsgegner an dem Tarifvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe vom 18. April 1920 als Ver- tragsparteien beteiligt. Hiernach ergibt sich schon aus allgemeinen tariflichen Grundföngungen für die Antragseggner die Verpflichtung zur Einhaltung dieses Tarifvertrags. Eine Verbindlichkeitsklärung ist deshalb überflüssig!“

Der Schiedsspruch vom Schlichtungsausschuss A n s b a c h vom 10. Oktober 1920 bzw. 28. November 1920 ist in gleicher Weise wie die anderen erfolgt und unterliegt ebenfalls dem Entscheid des Landes- vereinigungsamtes Nürnberg.

Wie Figura zeigt, nützt es den Widerspenstigen unter den bayerischen Innungsmeistern durchaus gar nicht, sich gegen die Anerkennung des Reichstarifs zu sträuben. Ob sie, durch die gemachten Erfahrungen gewarnt, zur Einsicht kommen und ihren zudolfs- lichen Widerstand aufgeben werden, wissen wir nicht. Aber das wissen wir ganz bestimmt, von seiten der Ar-

beiterchaft wird der hartnäckige Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, mit eigener Fähigkeit und Ausdauer solange weiter geführt, bis auch die hartköpfigsten unter den bayerischen Innungsmeistern den Tarif voll und ganz anerkennen!

H. B.

Berichte.

Dresden. Eine gut besuchte Versammlung am 23. November nahm Stellung zu der Tagung des Reichsstarifs. Renner berichtete ausführlich. Trob- dem die vom Verbandsvorstande eingebrachte und vom Reichsstarif abgeänderte Vorlage zur Urabstimmung nicht in allen Punkten seinen Beifall findet, tritt er in warmen Worten für dieselbe ein. Er ersucht die Dresdener Kollegenschaft, alles daran zu setzen, den Verband zu kräftigen und das Wert im Inter- esse unserer Arbeitslosen zu wahren. Zu den Be- schlüssen betreffend die Arbeitergemeinschaft bemerkt er, daß die Unternehmung gar nicht daran denken, mit uns gemeinsam am Aufbau des deutschen Volkes zu wirken, sondern dabei nur ihre Profitinteressen im Auge fällen. Die auf der Tagung angenommene Resolution, betreffend die Festsetzungs- tendenzen innerhalb der Gewerkschaften, hält er für schädlich, da er fürchtet, daß diese Resolution dazu dienen könne, jede Opposition zu unterdrücken. Er glaubt, daß das, was die Resolution verhindern will, dadurch erst herbeigeföhrt würde. Jedoch sei auch er damit einverstanden, wenn gegen alle, die wesentlich gegen die Interessen der Organisation verstoßen und an der Einheit rütteln, mit aller Schärfe vorgegangen werde und glaubt diese Er- klärung auch für die gesamte Dresdener Ortsver- waltung abgeben zu können. Doch müßte er es zu- rückweisen, wenn die Resolution angewandt werden solle, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Das Statut gebe uns jetzt schon alle Mittel an die Hand, den Feindern wirksam entgegenzutreten.

In der Diskussion erklärt Weeber, er verstehe nicht die Artipathie gegen diese Resolution, da die- selbe sich ja nur gegen die bewußten Zertrümmerer wende. Leider würde immer mehr verfußt, die poli- tischen Streitigkeiten in die Gewerkschaften hinein- zutragen. Er bringt einen diesbezüglichen Artikel des Hallschen Volksblattes zur Kenntnis der Ver- sammlten. Anstatt gemeinsam in dieser schweren Zeit mit allen Kräften den Kapitalismus zu be- kämpfen, würden von unverantwortlicher Seite Rinen ausgelegt, die Einheit der Gewerkschaften zu zerbrechen. Welchen Einfluß das auf die Lohnver- handlungen mit den Unternehmern haben müßte, wird man wohl bald sehen. Er fordert auf, alle Kräfte zusammenzufassen, damit wir nicht rückwärts kommen, und nicht zu dulden, daß sich Spaltplätze innerhalb unserer Organisation festsetzen. Donath führte aus, wenn wir wollen, daß der Verbands- apparat funktionieren solle, müßten wir geschlossen dafür sorgen, den Verband finanziell zu stärken. Der Verband sei kein Unterstützungsverein und keine Kassenkasse, sondern solle uns führen im Kampf um Verbesserung unserer Lebensverhältnisse und letzten Endes uns aus dem kapitalistischen Elend herausführen. Mit der neuen Vorlage können wir freilich nicht das Grundübel der Erwerbs- losigkeit bannen, aber doch die Not der Erwerbs- losen mildern. Gewiss müßte man zugeben, daß die Opposition in der Frage der Arbeitergemeinschaft Recht behalten habe. Die zur Begründung der Re- solution angeführten Neuerungen demins bezögen sich nur auf die bürgerliche Gesellschaft. Zer- trümmern wir unsere Gewerkschaften, so würde der Unternehmer der lachende Dritte sein. Er verweist darauf, wie auch die Opposition alle Kräfte darauf verwandt habe, die Organisation vorwärts zu treiben und zu festigen. In Anbetracht der wei- teren wichtigen Tagesordnung beschränkt sich Lange darauf, zurückzuweisen, daß der Verbandsvorstand mit der Resolution Demagogie getrieben habe, son- dern nur die Sorge um die Gewerkschaften habe den Verbandsvorstand bei allen seinen Maßnahmen geleitet. Er betont noch ausdrücklich, daß die ge- samte Ortsverwaltung jederzeit für die Interessen der Erwerbslosen tatkräftig eingetreten sei. Durch einen mit übergroßer Mehrheit angenommenen Schlußantrag konnte eine von Donath eingebrachte, im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Gegen- resolution nicht zur Abstimmung gebracht werden. Doch wird beschlossen, in einer besonderen Ver- sammlung diese Fragen und die Resolution Donath ausführlich zu behandeln. Infolge der schon vor- geschrittenen Zeit mußten die Berichte über die Tarifschlüsse in möglicher Kürze behandelt wer- den. Lange gab eine anschauliche Darstellung der schwierigen Verhandlungen betreffend das neue Lohnabkommen in der Kartonnagenbranche. Bei dieser Gelegenheit geißelte er auch die auf der Ver-

ratsagung vorgenommene Verquickung der Neu-
regelung der Gehälter der Angestellten mit den
Tarifabschlüssen, die als unerwünschte Nebenfolge
haben können, die Lage unserer Angestellten gegen-
über den Unternehmerorganisationen auf Kosten
unserer Kollegenschaft zu schwächen. Die Entschä-
pfung der Druckerei über das Würzburger Ergeb-
nis war eine allgemeine, noch dazu, da auch dies-
mal die Augenblicke leer ausgehen. Dies liegt
nicht im Interesse der Heranziehung eines gesunden
berücksichtigenden Nachwachses. Anschließend berich-
tete Wenger von dem Resultat der Verhandlungen
in der Zigarettenkartonnagenbranche, das gegen-
über dem vorstehenden Abkommen ein etwas erfreu-
licheres Bild zeigte. Ueber den Stand der Bewe-
gung in den Buch- und Steinrudrereibetrieben so-
wie der Luxuspapier- und Plakatfabriken berichtete
Wajsh.

Kienast. Unsere Kollegen werden hierdurch
darauf aufmerksam gemacht, Buchbindergehälter des
Buchdruckers Meyer in Waltershausen i. Th. un-
rückständig zu lassen, wenn sie sich vor Schaden be-
wahren wollen. Trotzdem H. Meyer firmiert:
„Buch- und Steinrudrerei, Buchbinder“, besitzt er
keines dieser Zweiggeschäfte und wird es stellenlosen
Buchbindern und Steinrudrern nicht anders als
mit uns ergehen. Schreiber dieses hat eine Tagesreise
daran gewendet, um auf ein Gesuch dort Stellung
zu bekommen, jedoch mit negativem Erfolg. Dieser
rückwärtslose Herr macht allerlei Ausflüchte und
sucht sich um ein festes Engagement zu brüden.
Steindruckarbeiten werden a. B. von ihm angenom-
men, die er zum Schaden der dortigen Stein-
druckereien nach außerhalb verschickt. Also Vorsicht!

Kassel. Am 18. November berichtete Kornacker
in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung
über die Lohnstarifverhandlungen in Würzburg. Er
schilderte, wie man nach überaus schwierigen Ver-
handlungen zu einem Lohnabkommen gekommen sei,
welches gewiß nicht große Befriedigung bei der
Kollegenschaft auslösen werde. In der Aussprache
verurteilten verschiedene Kollegen das Verhalten des
Firma Becker u. Marghauem. Trotz mehrfacher Ver-
handlungen mit der Ortsverwaltung seien dort die
Hilfspreise noch nicht den Tariflöhnen entsprechend
erregelt. Der Gauleiter wurde aufgefordert, hier
helfend einzugreifen. Verard verurteilte in scharfen
Worten das Berliner Lohnabkommen für Buch-
bindereien. Wenn der Reichstarif dazu dienen sollte,
die Kollegenschaft gewaltsam in ihrem Einkommen
niedrigerhalten, dann sollte man lieber auf den
ganzen Reichstarif verzichten. Da in Kassel vor-
wiegend Buchdruckereien vorhanden sind, die den
Reichstarif nicht anerkannt haben, so wurde be-
schlossen, hier die neuen Zulagen der Buchdrucker
zu fordern.

Leipzig. Unsere Versammlung vom 30. Novem-
ber stellte sich auf den Standpunkt, recht rege Agita-
tion für die zur Urabstimmung stehende Vorlage des
Reichstarif zu entfalten. Die Vertrauensleute wurden
erlaubt, in den Betrieben in diesem Sinne tätig zu
sein. Wir erwarten reifliche Annahme der Vorlage
von unseren Mitglieðern. Ein näherer Bericht über
die Versammlung folgt nach.

Leipzig. Die Leipziger Kartonnagen- und Ein-
arbeiterchaft nahm in einer sehr gut besuchten Ver-
sammlung am 23. November den Bericht von den
Lohnverhandlungen in Würzburg entgegen. In aus-
führlicher Weise schilderte Thalheim die Stellung-
nahme der Arbeitgeber zu unseren Forderungen,
welche ursprünglich jede Lohnerhöhung ablehnten.
Nur unter großen Schwierigkeiten war es möglich,
zu geringen Zugeständnissen zu gelangen. Als er die
betreffenden Sätze bekanntgab, erhob sich unter den
Versammelten ein Sturm der Entrüstung, vermischt
mit lauten Scheltensausbrüchen. In der Dis-
kussion, die sich äußerst erregt gestaltete, waren es

besonders die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen,
die ihrer Entrüstung Ausdruck gaben, da sie ohne
jede Lohnerhöhung abgepreist werden sollen, obgleich
sie mit ihren niedrigen Löhnen schon dem Verhungern
ausgesetzt sind. Von allen Rednern wurde das Ver-
halten der Arbeitgeber, welches bei jedes Gefühls
für die Notlage der Arbeiterschaft der Branche ist,
mit scharfen Worten gegeißelt. Auch der Tarifaus-
schuß und der Verbandsvorstand wurden scharf an-
gegriffen, weil sie dieses die Arbeiterschaft direkt
verhöhnende Abkommen unterzeichneten. Verschiedene
Stimmen wurden laut, den Arbeitgebern zu zeigen,
daß auch wir noch eine Macht sind und nicht arbeiten,
um verhungern zu müssen. Empörend auf die Ver-
sammlung wirkte die Bekanntgabe des Verhaltens
der Kartonnagenfabrik von Aurich, die betrieblich mit
der durch ihre fetten Dividenden bekannten Aktien-
gesellschaft für die Kartonnagenindustrie Dresden
verbunden ist und deren Vertreter 2. Vorsitzender
der hiesigen Unternehmervereinigung ist. Diese
Firma versprach ihren Arbeiterinnen auf lange Zeit
Beschäftigung, wenn sie bei einer großen Afford-
arbeit sich einen Abzug von zirka 8 Proz. gefallen
lassen, obgleich schon bei dem jetzt bestehenden Afford-
satz die Arbeiterinnen niemals die Tariflöhne er-
reichen konnten. Auch die Firmen Heusch und
Springer bezahlten ihren Arbeiterinnen noch nicht
einmal die Tariflöhne. Es wurde verlangt, gegen
die Firmen scharf vorzugehen.

Thalheim ersuchte, aus der Diskussion die nötige
Ruhmabwendung zu ziehen, da die Tariflöhne nur
Mindestlöhne sind.

Nachdem verschiedene Resolutionen, welche bei
zukünftigen Verhandlungen eine stärkere Vertretung
der im Betriebe Tätigen verlangt, sowie den Ver-
bandsvorstand ersucht, der Branche eine stärkere
Interessenvertretung zu sichern, einer Betriebsräte-
versammlung zur weiteren Verhandlung überwiesen
wurde, nahm man die Wahl der Beisitzer zum Tarif-
schiedsgericht vor. Diefelbe ergab die Wahl der
Kollegen Ueber, Domaschke, Schindler und Schönfeld
und der Kollegin Bachmann.

Sodann erstattete Ueber Bericht über die von
der Tarifkommission angebrachten Abänderungs-
anträge zum Manteltarif, welche einer Betriebsräte-
versammlung zur weiteren Erörterung unterbreitet
werden sollen. Nach vierstündiger Dauer fand dann
die oftmals bewegte Versammlung ihr Ende.

Limbad. Am 25. November tagte hier eine
Versammlung der hiesigen Kollegenschaft, in der
Bezirksleiter Fühse über die Verhandlungen in
Würzburg und Chemnitz referierte. Schon längst
dränge die hiesige Kollegenschaft nach höheren
Löhnen, da die Verhältnisse in Limbad für unsere
Branche in bezug auf Entlohnung unbillig waren.
Der Durchschnittslohn in der Textil- und Metall-
branche beträgt pro Stunde 7 M. und mehr. Kein
Wunder, wenn unserer Kollegenschaft der Gedulds-
sack ausreißt und am 8. November in einer Versamm-
lung sofortige örtliche Verhandlungen mit den
Unternehmern forderte. Die Limbacher Unter-
nehmer konnten sich dem nicht verziehen. Sie
sahen wohl ein, daß die Not uns zu diesem Schritt
veranlaßte. Sie billigten den Zulagen von 35—75 Pf.
pro Stunde zu, die erstmalig am 12. November zahl-
bar waren. Wie recht die Limbacher Kollegenschaft
getan hatte, beweist das Würzburger Abkommen.
Von einer Besserstellung der Arbeiterschaft kann
wohl nicht gesprochen werden, wenn man die fort-
während steigende Tendenz der Preise betrachtet.
Da und nun die Unternehmer den erzwungenen Vor-
teil durch das Würzburger Abkommen wieder
freitlig machen wollten, mußten am 23. November in
Chemnitz erneut Verhandlungen stattfinden. Unsere
Kollegenschaft wollte sich jedoch noch eine weitere
Verbesserung ihrer Löhne erkämpfen. Leider war
dies nicht möglich. Die Unternehmer wehrten sich
und nannten das Limbacher Vorgehen vom 8. No-

vember einen „Sufarenstreik“. Hoffen wir, daß
nach Ablauf der gegenwärtigen Lohnperiode ein
besserer Abschluß erreicht wird als in Würzburg.
Mögen die Unterhändler dessen einpendel sein.
Andernfalls müssen sich solche „Sufarenstreiche“
mehren!

**Zum Streik der Kartonnagenarbeiterhaft
in Croßlingen, Aldingen, Thalheim und
Rottweil.**

Unsere Kollegenschaft in obgenannten Orten
steht seit dem 23. November wegen Nichtanerken-
nung des Reichstarifs im Streik. Verschiedene am
Ort geführte Verhandlungen wegen Anerkennung
des Reichstarifs, die im Laufe des Sommers geführt
wurden, führten nicht zum Ziele. Ein einstimmig
im Juli gefaßter Beschluß des regionalen Schieds-
gerichts auf Anerkennung des Tarifs führte eben-
falls nicht zum Erfolg. Desgleichen nicht die Ver-
handlungen, die der Bezirksleiter Hemminger noch
am 22. November, nachdem der Streikbeschluß schon
gefaßt war, führte.

Die betroffenen Firmen Birk, Koch und
A. Koch wollen für die Buchbinder nur den soge-
nannten Harmonikatarif, der mit dem Metall-
arbeiterverband und dem Holzarbeiterverband abge-
schlossen ist, anerkennen. Dieser Tarif sieht Löhne
vor, die für Hocharbeiter bis zu einer Mark pro
Stunde niedriger sind, als die Löhne des Reichstarifs.
Am 29. November vor dem Schlichtungsausschuß
Rottweil geführte Einigungsverhandlungen verliefen
ergebnislos.

Bezeichnend ist, daß beide Firmen noch un-
genügende Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher
Kartonnagenfabrikanten sind. Diese Organisation ist
anscheinend nicht in der Lage, den nötigen Druck auf
ihre Mitglieder auszuüben.

Neuerdings lassen die Firmen in Stuttgart bei
der Firma A. Birk Streikarbeit anfertigen,
nachdem solche in Weßlingen bereits abgewehrt
ist. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes war bis
heute in ihrer Wehrheit nicht dazu zu bewegen, sich
unserer Organisation anzuschließen.

Die Kollegenschaft ersuchen wir, auf Streik-
arbeit acht zu geben und solche, wo sie auftaucht,
zurückzuweisen. Es handelt sich in der Hauptsache
um solche Schachteln, die zur Verpackung von Rund-
harmonikas benötigt werden. Kollegen, es gilt, die
Troßlinger Unternehmer zur Anerkennung des
Reichstarifs zu zwingen. Helft uns dabei!

**Neue Verhandlungen über den Reichstarif
für die Buchbinderbranche.**

Infolge des einmütigen Protestes unserer Mit-
glieder über das Berliner Abkommen hat der Vor-
stand unseres Verbandes beim „Api“ neue Verhand-
lungen beantragt. Diese sollen voraussichtlich am
14. Dezember in Berlin stattfinden.

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bonn, B.: J. Henkes, Heisterbacherhoffstr. 23.
K.: O. Kießel, Maxstr. 32 I.
Seltmann. Verbandsbureau: Wolfhauserstr. 31 part.
Kaiserlautern. B. u. K.: J. Fenge, Luisenpl.-
straße 65.
Leipzig. K. O. Wagenknecht, Haynauer Straße
Nr. 11a 11.
Weimar. Unterstützung wird ausgezahlt durch
H. Bander, Brehmeistr. 18 I.

Einbandstoffe
ferner gr. Posten Kesselfleisen, 5, 7,
8, 9 cm breit, auch Gaze, Woll, Flava-
binden billig veräußlich.

Berliner Jute-Comp.,
Charlottenburg, Wielandstr. 15.

Schnelldreifen, weißbuchen, empf. J.
Gabel, Silberfeld, Gesundheitsstr. 74.

Gummi-er-Berlins!

Die nächste Siguna findet am
14. Dezember 1920 um 5 Uhr
bei Giese, Wallstraße 32-33 statt
Die Linierer-Kommission

Linierer-Meister
für bedeutende Geschäftsbücherfabrik Süddeutschlands
gesucht.

Es wird nur auf eine erste Kraft respektiert, welche auch im Kassulieren durchaus
sicher ist. — Angebote an die Geschäftsstelle der Buchbinder-Zeitung u. S. 101.

! a reine Lederleimzallerte
ca. 50 Proz. Trockengehalt, völlig geruchlos, liefert äußerst preiswert
Chemische Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig

Schlagmetall
Bronze, Gummiarab. etc. lauft ständig
G. S. Winkler's Farbenhandlung,
Berlin, Reichenberger Str. 120.

Neue Rundstrikmaschine
gegen kleine Buchbinderstreichmaschinen
zu verkaufen, nah. Gersdorf, Müns-
berg, Oberhardtschtr. 19.

Inferate
die kein beruf-
liches Interesse
haben, finden
keine Aufnahme mehr. Ebenso werden
Geldwusch- und Todesanzeigen nicht
mehr aufgenommen.
Erped. der Buchbinder-Zeitung